



„Digitales Österreich im Parlament“: Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung.



Innenministerin Johanna Mikl-Leitner informierte sich über die neuesten E-Government-Entwicklungen.

Digitales Österreich im Parlament

Vertreter von Behörden und der IKT-Branche präsentierten E-Government-Leistungen und Verwaltungs-IT-Applikationen im Parlament. Auch das Innenministerium war vertreten.

Partner der Plattform „Digitales Österreich“ informierten bei der Veranstaltung „Digitales Österreich im Parlament“ am 22. und 23. Oktober 2014 die Abgeordneten über E-Government-Leistungen und Verwaltungs-IT-Applikationen. Ziel war es, auf den Nutzen und die Vorteile von E-Government-Leistungen für den Staat, die Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger aufmerksam zu machen.

Nationalratspräsidentin Doris Bures und Staatssekretärin Mag.^a Sonja Stefl eröffneten die Veranstaltung. Neben Abgeordneten zum National- und Bundesrat waren Vertreter der Bundesregierung anwesend, darunter Justizminister Dr. Wolfgang Brandstetter, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling sowie dessen Vorvorgängerin Dr.ⁱⁿ Maria Fekter. Auch Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner nutzte die Gelegenheit für einen Besuch der Ausstellerstände und tauschte sich unter anderem am BMI-Stand mit den Expertinnen und Experten aus. An beiden Tagen gab es Fachvorträge in den Sparten IT-Sicherheit, E-Government, Digitale Identitäten, Mobility und Gesundheit. Unter den 28 teilnehmenden Partnern der Plattform „Digitales Österreich“ wirkte das Innenministerium an der Veranstaltung mit und präsentierte als Schwerpunkte das Zentrale Personenstandsregister (ZPR), das polizeiliche

Protokollierungs-, Anzeigen- und Datensystem der nächsten Generation (PAD-NG) und das in der Aufbauphase befindliche Cyber-Security-Center (CSC). Neben dem BMI waren die Bundesministerien für ein lebenswertes Österreich, Finanzen, Justiz, Bildung und Frauen und das Bundeskanzleramt vertreten.

Das ZPR ist seit 1. November 2014 in Betrieb. Mit der zentralen Erfassung der Informationen zu Geburts-, Ehe- und Sterbefällen ist dieses Register in Verbindung mit dem gleichzeitig eingeführten zentralen Staatsbürgerschaftsregister eine wesentliche Neuerung im E-Government des Bundes.

PAD-NG ist die nächste Generation der polizeilichen Aktenbearbeitung und wird derzeit umgesetzt. Das erste Modul zum Verwaltungsstrafverfahren und die daraus entstehenden Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger standen im Mittelpunkt der Präsentation.



Informationsstand des BMI.

Das Cyber-Security-Center (CSC) ist eine Maßnahme der „Österreichischen Strategie für Cyber-Sicherheit“ und wird im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) eingerichtet. Ziel ist die laufende Erstellung von Cyber-Lagebildern sowie die Analyse von Trends. Zusätzlich kommt dem CSC die Koordination aller betroffenen Stellen bei Cyber-Vorfällen zu.

Die Plattform „Digitales Österreich“ ist Koordinations- und Strategiegremium der Bundesregierung für E-Government. Mitglieder sind Behörden und Organisationen des Bundes, der Länder, Städte und Gemeinden, der Wirtschaftskammer, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und des Gremiums der freien Berufe. Der Schwerpunkt der Koordination liegt in der Verwaltungsmodernisierung. Mit dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie sollen moderne Arbeitswelten geschaffen werden. Bürgerinnen und Bürger sollen im Kontakt mit Behörden weniger Zeit und weniger Kosten aufwenden müssen. Durch den Wegfall von administrativen Aufgaben sollen sich Unternehmen besser auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Das Innenministerium ist wie das Bundeskanzleramt, das Finanz- und das Justizministerium Gründungsmitglied der Plattform. *Judith Hahofer*